

## **Antwort**

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage Nr. 2991  
des Abgeordneten Daniel Münschke (AfD-Fraktion)  
Drucksache 7/8147

### **Zu erwartende Kosten für Land, Landkreise/kreisfreie Städte und Kommunen durch die im Entwurf des Mobilitätsgesetzes des Landes Brandenburg festgeschriebenen Maßnahmen**

Namens der Landesregierung beantwortet der Minister für Infrastruktur und Landesplanung die Kleine Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung des Fragestellers: Im Urteil des Bayerischen Verfassungsgerichtshofes zum Antrag auf Zulassung des Volksbegehrens „Radentscheid Bayern“ vom 7. Juni 2023 (Aktenzeichen: Vf. 8-IX-23) werden die darin enthaltenen Maßnahmen für den Neu-, Um- und Ausbau von Fuß- und Radverkehrsanlagen mit zu erwartenden jährlichen Kosten in Höhe von rund 350 Millionen Euro beziffert. 220 Millionen Euro davon wären allein durch die Kommunen und Landkreise zu tragen.

Im Entwurf des Brandenburger Mobilitätsgesetzes geht es, anders als im bayerischen Entwurf zum Radgesetz, nicht nur um Maßnahmen im Bereich Fuß- und Radverkehr, sondern auch um Erweiterungen des ÖPNV- und SPNV-Verkehrs, inklusive zugehöriger Verkehrsinfrastruktur, sowie um die Schaffung der vollständigen Barrierefreiheit zur Teilhabe am sogenannten Umweltverbund und die Weiterentwicklung der Verkehrssicherheit mit dem Zielhorizont der „Vision Zero“.

Alle in den Fragen genannten Paragraphen beziehen sich auf den vorliegenden Entwurf zum Mobilitätsgesetz Brandenburg mit Stand 7. Juli 2023.

1. Wie hoch sind nach Kenntnis der Landesregierung die künftigen jährlichen Kosten für
  - a) das Land Brandenburg,
  - b) die Landkreise und kreisfreien Städte,
  - c) die Kommunen

zur Umsetzung der im Entwurf des Mobilitätsgesetzes Brandenburg enthaltenen Maßnahmen aus Abschnitt 2 - Öffentlicher Personenverkehr - entsprechend der vorgegebenen Zwischenziele aus § 1 Abs. 3 bis 2030, 2040 und 2045? (Bitte differenziert nach der Nummerierung a) bis c) und nach den Kriterien

- Schaffung von Barrierefreiheit gemäß § 12,

- Vertaktung mit einem mindestens stündlichen landesweiten Grundtakt gem. § 13 Abs. 6 sowie
- Infrastrukturausbau zur vollständigen räumlichen Erschließung gemäß § 13 Abs. 3 und 8

einzelnen ausweisen.)

2. Inwieweit hat die Landesregierung ihre finanziellen Anstrengungen zur Erreichung der Ziele des § 13 Abs. 7 (Einfluss des Staates auf Eisenbahninfrastrukturunternehmen) in den Zeiträumen 2023, 2040 und 2045 bemessen? (Bitte differenziert nach Jahren einzeln ausweisen.)
3. In welcher Höhe kalkuliert die Landesregierung den finanziellen Aufwand zur Erreichung der Zielvorgaben aus § 14 (Mindestbedienstandards im ÖPNV) innerhalb der Zeithorizonte 2030, 2040 und 2045? (Bitte differenziert nach Jahren, nach Land, nach Landkreisen und nach kreisfreien Städten mit den jeweilig dort eingesetzten Verkehrsunternehmen einzeln ausweisen.)
4. In welcher Höhe kalkuliert die Landesregierung den finanziellen Aufwand zur Erreichung der Zielvorgaben aus § 15 (Sicherstellung ausreichender Verkehrsleistungen) innerhalb der Zeithorizonte 2030, 2040 und 2045? (Bitte differenziert nach Jahren einzeln ausweisen.)
5. In welcher Höhe kalkuliert die Landesregierung den finanziellen Aufwand zur Erreichung der Zielvorgaben aus § 23 (Finanzierung Radverkehrsförderung) innerhalb der Zeithorizonte 2030, 2040 und 2045? (Bitte differenziert nach Jahren, nach Land, nach Landkreisen/kreisfreien Städten sowie nach Kommunen einzeln ausweisen.)
6. In welcher Höhe kalkuliert die Landesregierung den finanziellen Aufwand zur Erreichung der Zielvorgaben aus § 24 (Unterstützungsangebote Weiterentwicklung Rad- und Fußverkehr) innerhalb der Zeithorizonte 2030, 2040 und 2045? (Bitte differenziert nach Jahren einzeln ausweisen.)
7. In welcher Höhe kalkuliert die Landesregierung den finanziellen Aufwand zur Erreichung der Zielvorgaben aus § 25 (Fahrradfreundlicher Arbeitgeber) innerhalb der Zeithorizonte 2030, 2040 und 2045? (Bitte differenziert nach Jahren einzeln ausweisen.)
8. In welcher Höhe kalkuliert die Landesregierung den finanziellen Aufwand zur Erreichung der Zielvorgaben aus § 27 (Infrastrukturelle Stärkung Radverkehr) innerhalb der Zeithorizonte 2030, 2040 und 2045? (Bitte differenziert nach Jahren, nach Land, nach Landkreisen/kreisfreien Städten sowie nach Kommunen einzeln ausweisen.)
9. In welcher Höhe kalkuliert die Landesregierung den finanziellen Aufwand zur Erreichung der Zielvorgaben aus § 31 (Zustandserfassung und Mängelbeseitigung Radverkehrsinfrastruktur) innerhalb der Zeithorizonte 2030, 2040 und 2045? (Bitte differenziert nach Jahren, nach Land, nach Landkreisen/kreisfreien Städten sowie nach Kommunen einzeln ausweisen.)

10. In welcher Höhe kalkuliert die Landesregierung den finanziellen Aufwand zur Erreichung der Zielvorgaben aus § 32 (Digitale Netzaufbereitung) innerhalb der Zeithorizonte 2030, 2040 und 2045? (Bitte differenziert nach Jahren einzeln ausweisen.)
11. In welcher Höhe kalkuliert die Landesregierung den finanziellen Aufwand zur Erreichung der Zielvorgaben aus § 34 (Fußverkehrsanlagen und Netze) innerhalb der Zeithorizonte 2030, 2040 und 2045? (Bitte differenziert nach Jahren, nach Land, nach Landkreisen/kreisfreien Städten sowie nach Kommunen einzeln ausweisen.)
12. In welcher Höhe kalkuliert die Landesregierung den finanziellen Aufwand zur Erreichung der Zielvorgaben aus §§ 35 und 36 (Bau und Förderung Radabstellanlagen etc.) innerhalb der Zeithorizonte 2030, 2040 und 2045? (Bitte differenziert nach Jahren, nach Land, nach Landkreisen/kreisfreien Städten sowie nach Kommunen einzeln ausweisen.)
13. Inwieweit hat die Landesregierung ihre finanziellen Anstrengungen zur Erreichung der Ziele des § 44 (Technische Fahrzeugsicherheitssysteme) in den Zeiträumen 2030, 2040 und 2045 bemessen? (Bitte differenziert nach Jahren einzeln ausweisen.)

Die Fragen 1 bis 13 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet:

Der Entwurf eines Mobilitätsgesetzes vom 7. Juli 2023 ist das Ergebnis eines Dialogprozesses gemäß des Landtagsbeschlusses DS 7/3452-B zwischen der Landesverwaltung und der Volksinitiative Verkehrswende Brandenburg jetzt. Im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens wird auch geprüft, inwieweit für die Kommunen neue Standards und Aufgaben aus dem Gesetz entstehen. Zurzeit kann eine Aussage hinsichtlich aus diesem Gesetz entstehender Kosten nicht getroffen werden.